

No. 33009

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
MOROCCO**

**Convention concerning mutual assistance and information in
civil and commercial matters. Signed at Rabat on 29 Oc-
tober 1985**

Authentic texts: German and Arabic.

Registered by Germany on 1 August 1996.

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
MAROC**

**Traité relatif à l'assistance mutuelle et à l'information en
matière civile et commerciale. Signé à Rabat le 29 octo-
bre 1985**

Textes authentiques : allemand et arabe.

Enregistré par l'Allemagne le 1^{er} août 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DEM KÖNIGREICH MAROKKO ÜBER DIE RECHT-
SHILFE UND RECHTSAUSKUNFT IN ZIVIL- UND HANDELS-
SACHEN

Die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Marokko –

in der Absicht, die freundschaftlichen Beziehungen und die rechtliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu fördern,

in dem Wunsch, die Fragen der Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln und die Anwendung des Haager Übereinkommens vom 1. März 1954 über den Zivilprozeß im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Marokko zu erleichtern,

in der Überzeugung, daß ein System der gegenseitigen Unterstützung die Beschaffung von Auskünften für die Gerichte des einen der beiden Vertragsstaaten über das Recht des anderen Vertragsstaates erleichtert –

sind wie folgt übereingekommen:

Titel I

Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen

Kapitel I

Allgemeine Vorschriften

Artikel 1

(1) Jeder der beiden Staaten gewährt den Angehörigen des anderen Staates Rechtsschutz in bezug auf ihre persönlichen oder vermögensrechtlichen Rechte und Interessen unter denselben Bedingungen wie den eigenen Staatsangehörigen.

(2) Er gewährt ihnen unter denselben Bedingungen und in derselben Weise wie den eigenen Staatsangehörigen den freien Zutritt zu seinen Gerichten, damit sie ihre Rechte sowie ihre persönlichen und vermögensrechtlichen Interessen geltend machen können.

Artikel 2

Die Bestimmungen dieses Vertrags, welche die Angehörigen eines der beiden Staaten betreffen, gelten auch für juristische Personen, Gesellschaften oder Vereinigungen, die nach dem Recht eines der beiden Staaten errichtet worden sind und ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieses Staates haben.

Kapitel II

Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke

Artikel 3

(1) Gerichtliche und außergerichtliche Schriftstücke in Zivil- und Handelssachen, die von einem der beiden Staaten ausgehen, werden im unmittelbaren Verkehr übersandt, und zwar,

- (a) wenn sie für Personen in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt sind, vom Justizministerium des Königreichs Marokko (Abteilung Zivilsachen) an das Justizministerium des betreffenden Landes der Bundesrepublik Deutschland;
- (b) wenn sie für Personen im Königreich Marokko bestimmt sind, von der zuständigen Landesjustizverwaltung an das Justizministerium des Königreichs Marokko (Abteilung Zivilsachen).

(2) Der Zustellungsantrag hat zu bezeichnen

- a) das Gericht oder die Behörde, von dem oder von der er ausgeht,
- b) die genaue Bezeichnung und die Stellung der Parteien,
- c) die genaue Anschrift des Empfängers,
- d) die Art der zuzustellenden Schriftstücke,
- e) Termin oder Ort der Ladung, die im Schriftstück vermerkten Fristen, das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, sowie gegebenenfalls alle anderen zweckdienlichen Angaben.

Artikel 4

(1) Dem Antrag ist das zuzustellende Schriftstück in zwei Stücken beizufügen.

(2) Die Zustellung wird durch die Behörde bewirkt, die nach den Rechtsvorschriften des ersuchten Staates zuständig ist.

(3) Die durch diese Behörde zu bewirkende Zustellung kann sich, abgesehen von den in Artikel 5 aufgeführten Fällen, auf die

einfache Übergabe der Schriftstücke an den Empfänger beschränken, wenn er zur Annahme bereit ist.

Artikel 5

Falls in dem Antrag ein dahingehender Wunsch ausgesprochen wird, bewirkt die ersuchte Behörde die Zustellung des Schriftstücks in der durch ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften für die Bewirkung gleichartiger Zustellungen vorgeschriebenen Form oder in einer besonderen Form, sofern diese ihren Rechtsvorschriften nicht zuwiderläuft.

Artikel 6

(1) Zum Nachweis der Zustellung dient entweder ein mit Datum versehenes und beglaubigtes Empfangsbekenntnis des Empfängers oder ein Zeugnis des ersuchten Staates, aus dem sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben.

(2) Das Empfangsbekenntnis oder das Zeugnis ist auf eine der beiden Ausfertigungen des zuzustellenden Schriftstücks zu setzen oder damit zu verbinden; sie werden nach Maßgabe des Artikels 3 dem Justizministerium des ersuchenden Staates übersandt.

Artikel 7

Ungeachtet der vorstehenden Artikel kann jeder Staat Zustellungen an eigene Staatsangehörige, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Staates befinden, unmittelbar durch seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter bewirken lassen.

Artikel 8

(1) Die Zustellung in einer der in Artikel 5 vorgesehenen Formen kann auch hilfsweise für den Fall beantragt werden, daß die einfache Übergabe nicht möglich ist, weil der Empfänger zur Annahme des Schriftstücks nicht bereit ist.

(2) Hat der ersuchende Staat nicht, wie in Artikel 5 vorgesehen, den Wunsch ausgesprochen, das Schriftstück in den in jenem Artikel vorgesehenen Formen zuzustellen, und kann eine Zustellung nicht durch einfache Übergabe nach Artikel 4 bewirkt werden, so sendet der ersuchte Staat das Schriftstück unverzüglich an den ersuchenden Staat zurück und teilt diesem die Gründe mit, aus denen die einfache Übergabe nicht möglich war.

Artikel 9

(1) Ist zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens des Zivil- oder Handelsrechts in dem einen Staat eine Klage, eine Vorladung oder ein anderes Schriftstück dem Beklagten in dem anderen Staat zuzustellen, so darf das Gericht, wenn sich der Beklagte auf das Verfahren nicht einläßt, keine Entscheidung erlassen, bevor nicht festgestellt ist, daß das Schriftstück dem Beklagten auf einem der in diesem Vertrag vorgesehenen Wege zugestellt worden ist.

(2) Die Zustellung muß so rechtzeitig erfolgt sein, daß der Beklagte in der Lage war, sich zu verteidigen.

(3) Sind jedoch seit der Übermittlung eines Zustellungsantrags an die Empfangsstelle des ersuchten Staates sechs Monate vergangen, so darf das Gericht, auch wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt sind, eine Entscheidung erlassen, sofern festgestellt wird, daß im ersuchenden Staat alle Maßnahmen getroffen worden sind, damit das Ersuchen hätte erledigt werden können.

(4) Die Bestimmungen dieses Artikels stehen dem Erlaß einstweiliger Maßnahmen einschließlich solcher, die auf eine Sicherstellung gerichtet sind, nicht entgegen.

Artikel 10

Die beiden Staaten verzichten gegenseitig auf die Erstattung von Auslagen, die in den Fällen des Artikels 5 dadurch entstanden sind, daß bei der Zustellung ein Justizbeamter mitgewirkt hat oder daß bei ihr eine besondere Form beachtet worden ist.

Kapitel III

Rechtshilfeersuchen

Artikel 11

Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen in Zivil- und Handelssachen gelten die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 1.

Artikel 12

(1) Jeder der beiden Staaten kann Rechtshilfeersuchen auch von seinen diplomatischen oder konsularischen Vertretern unmittelbar und ohne Anwendung von Zwang ausführen lassen, wenn die Personen, die vernommen oder zur Vorlage von Urkunden

angehalten werden sollen, nur die Staatsangehörigkeit des ersuchenden Staates besitzen.

(2) Die Staatsangehörigkeit der Person, auf die sich das Ersuchen bezieht, wird nach dem Recht des Staates beurteilt, in dem das Rechtshilfeersuchen ausgeführt werden soll.

(3) In einer Ladung oder Aufforderung zur Vorlage von Urkunden ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß bei der Ausführung des Rechtshilfeersuchens kein Zwang angewendet wird.

Artikel 13

Für die Erledigung von Rechtshilfeersuchen dürfen Auslagen irgendwelcher Art, ausgenommen Sachverständigenhonorare, nicht zur Erstattung angefordert werden. Der ersuchte Staat hat jedoch die ihm entstandenen Auslagen der Empfangsstelle des ersuchenden Staates mitzuteilen.

Kapitel IV

Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten

Artikel 14

Die Staatsangehörigen eines der beiden Staaten, die vor den Gerichten in Zivil- und Handelssachen des anderen Staates als Kläger oder Intervenienten auftreten, sind von der Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten auch dann befreit, wenn sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt nicht in einem der beiden Staaten haben.

Kapitel V

Vollstreckbarerklärung

Artikel 15

Der Antrag, eine Entscheidung über die Prozeßkosten nach den Artikeln 18 und 19 des Haager Übereinkommens für vollstreckbar zu erklären, kann von dem Kostengläubiger auch unmittelbar bei dem zuständigen Gericht gestellt werden.

Artikel 16

(1) Um den Erfordernissen des Artikels 19 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 des Haager Übereinkommens zu genügen,

werden den marokkanischen Entscheidungen beigefügt:

- a) eine Urkunde, aus der hervorgeht, daß die Entscheidung der Partei zugestellt worden ist, gegen die die Vollstreckung betrieben wird,
- b) eine Bescheinigung darüber, daß gegen die Entscheidung weder Einspruch noch Berufung noch Kassationsbeschwerde eingelegt worden ist und daß die Einspruchs-, Berufungs- und Kassationsbeschwerdefristen abgelaufen sind; die Urkunde und die Bescheinigung bilden die Erklärung, daß die Entscheidung Rechtskraft erlangt hat;

wird den deutschen Entscheidungen beigefügt:

eine von dem zuständigen Gericht ausgestellte Bescheinigung der Rechtskraft.

(2) Die Zuständigkeit der Behörden, welche die oben aufgeführten Urkunden ausgestellt haben, bedarf nicht der Bestätigung durch eine höhere Behörde.

Kapitel VI

Prozeßkostenhilfe

Artikel 17

(1) Die Angehörigen jedes der beiden Staaten kommen im Hoheitsgebiet des anderen Staates wie dessen Staatsangehörige in den Genuß von Prozeßkostenhilfe, sofern sie sich dem Recht des Staates unterwerfen, in dem um Prozeßkostenhilfe gebeten wird.

(2) Der Antrag auf Bewilligung von Prozeßkostenhilfe kann auch im unmittelbaren Verkehr nach Maßgabe des Artikels 3 Abs. 1 übersandt werden.

(3) Die zuständigen Behörden des Staates, in dem Prozeßkostenhilfe beantragt wird, können sich, sofern eine ergänzende Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Antragstellers erforderlich ist, nach Maßgabe des Artikels 28 unmittelbar an die zuständigen Behörden des anderen Staates wenden.

Titel II

Rechtsauskunft

Kapitel I

Austausch von Auskünften über die beiderseitigen Rechtsvorschriften

Artikel 18

Das Justizministerium der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium des Königreichs Marokko übermitteln sich auf Ersuchen gegenseitig Auskünfte über ihre Gesetze und Gerichtsentscheidungen in einer bestimmten Frage sowie jegliche sonstigen Rechtsauskünfte in Zivil- und Handelssachen.

Kapitel II

Austausch von Auskünften im Rahmen gerichtlicher Verfahren

Artikel 19

Die Gerichte der beiden Staaten können von den zuständigen Behörden des anderen Staates Auskünfte über dessen Zivil- und Handelsrecht, dessen Verfahrensrecht auf diesen Gebieten und über die Gerichtsverfassung nach den folgenden Bestimmungen einholen.

Artikel 20

Die Auskunftersuchen und die hierauf erteilten Antworten werden über das Justizministerium der Bundesrepublik Deutschland und das Justizministerium des Königreichs Marokko übermittelt.

Artikel 21

Das Auskunftersuchen muß von einem Gericht ausgehen, wenn es nicht vom Gericht selbst abgefaßt ist. In einem solchen Fall muß es vom Gericht genehmigt sein; das Ersuchen ist mit dem gerichtlichen Genehmigungsvermerk zu versehen.

Artikel 22

(1) Im Auskunftersuchen sind das Gericht, von dem das Ersuchen ausgeht, und die Art der Rechtssache zu bezeichnen. Die Punkte, zu denen Auskunft über das Recht des ersuchten Staates gewünscht wird, sind möglichst genau anzugeben.

(2) Das Ersuchen hat eine Darstellung des Sachverhalts mit den Angaben zu enthalten, die zum Verständnis des Ersuchens und zu seiner richtigen und genauen Beantwortung erforderlich sind. Schriftstücke können in Abschrift beigelegt werden, wenn dies zum besseren Verständnis des Ersuchens notwendig ist.

(3) Zur Ergänzung kann im Ersuchen Auskunft auch zu Punkten erbeten werden, die andere als die in Artikel 19 aufgeführten Rechtsgebiete betreffen, sofern diese Punkte mit denen in Zusammenhang stehen, auf die sich das Ersuchen in erster Linie bezieht.

(4) Der ersuchte Staat kann ergänzende Angaben zum Ersuchen verlangen, sofern er solche für die Beantwortung für erforderlich hält.

Artikel 23

Zweck der Antwort ist es, das Gericht, von dem das Ersuchen ausgeht, in objektiver Weise über das Recht des ersuchten Staates zu unterrichten. Der Antwort sollen, je nach den Umständen des Falles, Texte der einschlägigen innerstaatlichen Bestimmungen sowie Gerichtsentscheidungen beigelegt werden. Ferner sind, soweit dies zur gehörigen Unterrichtung des ersuchenden Gerichts für erforderlich gehalten wird, ergänzende Unterlagen wie Auszüge aus dem Schrifttum und aus den Gesetzesmaterialien mitzübermitteln. Erforderlichenfalls können der Antwort erläuternde Bemerkungen beigelegt werden.

Artikel 24

Die in der Antwort enthaltenen Auskünfte binden das Gericht, von dem das Ersuchen ausgeht, nicht.

Artikel 25

Ein Auskunftersuchen ist so schnell wie möglich zu beantworten. Nimmt die Beantwortung längere Zeit in Anspruch, so hat der ersuchte Staat dies dem Justizministerium des ersuchenden Staates mitzuteilen und dabei nach Möglichkeit den Zeitpunkt anzugeben, zu dem die Antwort voraussichtlich übermittelt werden kann.

Artikel 26

Für die Antwort werden Gebühren oder Auslagen irgendwelcher Art nicht erhoben.

Titel III

Gemeinsame Vorschriften

Kapitel I

Befreiung von der Legalisation

Artikel 27

(1) Die Ersuchen und die ihnen beigefügten Schriftstücke bedürfen keiner Legalisation oder ähnlichen Förmlichkeiten.

(2) Besteht ernsthafter Zweifel an der Echtheit einer Urkunde, so wird durch Vermittlung der Justizministerien eine Überprüfung vorgenommen.

Kapitel II

Sprache und Übersetzung

Artikel 28

(1) Die Justizministerien können in ihrer Landessprache korrespondieren.

(2) Sofern ein deutsches Justizministerium Absender ist, ist eine Übersetzung nach dessen Wahl in französischer oder arabischer Sprache beizufügen.

(3) Sofern das marokkanische Justizministerium Absender ist, ist eine Übersetzung nach dessen Wahl in französischer oder deutscher Sprache beizufügen.

Artikel 29

(1) Zuzustellende Schriftstücke, Rechtshilfeersuchen, Prozeßkostenentscheidungen und Kostenfestsetzungen sowie Prozeßkostenhilfeanträge und die ihnen beigefügten Ersuchen um die erforderlichen Auskünfte und deren Anlagen können in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt sein.

(2) Die Erledigungsstücke können in der Sprache des ersuchten Staates abgefaßt sein.

(3) Sind Vorgänge, die in den anderen Staat übermittelt werden sollen, nicht in dessen Landessprache abgefaßt, so gilt Artikel 28 Abs. 2 und 3 entsprechend; ausgenommen von dieser Regelung sind die Erledigungsstücke.

Artikel 30

(1) Übersetzungen sind von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter des ersuchenden Staates oder einem beeidigten Übersetzer des ersuchenden Staates zu beglaubigen.

(2) Die Übersetzung der Korrespondenz nach Artikel 28 bedarf keiner Beglaubigung.

(3) Übersetzungskosten werden nicht erstattet.

Kapitel III

Weiterleitung und Adressatenermittlung

Artikel 31

(1) Ist eine Behörde für ein an sie gerichtetes Begehren nicht zuständig, so gibt sie dieses von Amts wegen an die zuständige Behörde ab und unterrichtet hiervon unverzüglich die ersuchende Behörde. Die Unterrichtung erfolgt auf dem für das Begehren vorgesehenen Übermittlungsweg.

(2) Ist die Anschrift des Empfängers eines Schriftstücks oder die Anschrift der Person, um deren Vernehmung ersucht wird, unvollständig oder ungenau, so bemüht sich die ersuchte Behörde, das an sie gerichtete Ersuchen so weit wie möglich zu erledigen. Zu diesem Zweck kann sie den ersuchenden Staat bitten, ihr alle ergänzenden Auskünfte zur Identifizierung des Empfängers oder der betroffenen Person zu übermitteln. Die Bitte erfolgt auf dem für die begehrte Maßnahme oder Handlung vorgesehenen Übermittlungsweg.

Kapitel IV

Öffentliche Ordnung

Artikel 32

Der ersuchte Staat kann es ablehnen, nach diesem Vertrag tätig zu werden, wenn er die begehrte Maßnahme für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

Titel IV

Schlußbestimmungen

Artikel 33

Alle Schwierigkeiten, die bei der Anwendung dieses Vertrags entstehen, werden nach Konsultationen des Justizministeriums

der Bundesrepublik Deutschland mit dem Justizministerium des Königreichs Marokko auf diplomatischem Weg geregelt.

Artikel 34

(1) Dieser Vertrag gilt auf unbegrenzte Zeit.

(2) Jeder der beiden Staaten kann den Vertrag kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Zeitpunkt wirksam, in dem sie dem anderen Staat zugegangen ist.

Artikel 35

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Marokko innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 36

(1) Dieser Vertrag wird nach Maßgabe der verfassungsrechtlichen Vorschriften der beiden Vertragsstaaten ratifiziert.

(2) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(3) Der Vertrag tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Rabat am 29. Oktober 1985 in zwei Urschriften, jede in deutscher und arabischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

MONTFORT

HANS A. ENGELHARD

Für das Königreich
Marokko:

M. MUSTAPHA BELAVBI ALAOUI

المحل ١٩٦

تم المصادقة على هذه الاتفاقية طبقاً للقواعد الدستورية الجارية بها العمل
في كل من الدولتين المتعاقبتين .

يتم تبادل وثائق التصديق في اقرب الآجال الممكنة في

تدخل هذه الاتفاقية حيز التنفيذ بعد مرور ثلاثين يوماً عن تبادل وثائق التصديق .
واثباتاً لما تقدم ، فقد وقع المفوضان المأذون لهما بذلك قانوناً على هذه الاتفاقية .

حرر بالرباط في 29 / 10 / 1985 م

Moh

في أصلين باللغة الألمانية ، واللغة العربية ، وعلى اعتبار أن هذين النصين لهما نفس القوة
الاثبات .

من المملكة المغربية

من جمهورية ألمانيا الاتحادية

Moh

Moh

Hans H. Amberg

الملم الرابع

مقتضيات ختامه

الفصل 33 :

يتم البت في جميع الصعوبات التي قد تقوم بمناسبة تطبيق هذه الاتفاقية بالطرق الدبلوماسية بعد تبادل الاستشارة بين وزارة العدل للمملكة المغربية ووزارة العدل لجمهورية ألمانيا الاتحادية .

الملم 34 :

تكون هذه الاتفاقية سارية المفعول، لمدتها غير محددة .
غير انه يمكن لكل من الدولتين ان تعلن عن رغبتها في انهاء مفعولها بمقتضى اشعار مكتوب يوجه الى الدولة الاخرى والذي بموجبه يوضع حد للاتفاقية بعد مرور سنة على تاريخ التوصل بالاشعار .

الملم 35 :

يسرى مفعول هذه الاتفاقية ايضا على ولاية برلين ما لم تصرح حكومة جمهورية ألمانيا الاتحادية بخلاف ذلك لحكومة المملكة المغربية خلال الثلاثة أشهر التي تلي دخول هذه الاتفاقية حيز التنفيذ .

المرع الثالث

ارسال الوثائق وتحديد المرسل اليه

المعل 31

اذا لم تكن السلطة المرسل اليها مختصة للنظر في الطلب الموجه اليها ، فانها ترسله تلقائيا الى السلطة المختصة وتخبر بذلك نورا السلطة الطالبة ، ويتم هذا الاخبار بطريقة الارسال المنصوص عليها بالنسبة للطلب .

اذا كان عنوان من ارسلت اليه وثيقة او كان عنوان الشخص المطلوب الاستماع اليه ناقصا او غير صحيح ، فان السلطة المطلوبة تعمل جامعة لتنفيذ الطلب الموجه اليها في حدود الامكان ، ولهذه الغاية يجوز لها ان تدعو الدولة الطالبة لان ترسل اليها كل المعلومات التكميلية التي تمكنها من التعرف على هوية المرسل اليه او الشخص المعنسي ويقدم الطلب وفق الطريقة المقررة للارسال بالنسبة للتدبير او الاجراء المطلوب .

المرع الرابع

النظام المسام

المعل 32

يمكن للدولة المطلوبة ان ترفض اتخاذ اجراءات طبقا لهذه الاتفاقية اذا ما اعتبرت ان طبيعة الاجراء المطلوب تمر بسيادتها أو أنها .

إذا كانت وزارة العدل المنبرية هي المراسلة جاز لها ارفاق الطلب بترجمته الى اللغة الفرنسية او الالمانية حسب اختيارها .

وإذا كانت إحدى وزارات العدل بجمهورية ألمانيا الاتحادية هي المراسلة ، جاز لها ان ترفق الطلب حسب اختيارها بترجمته الى اللغة الفرنسية او العربية .

الفصل 29 ،

يجوز ان تحرر بلغة الدولة الطالبة الوثائق المطلوب تبليغها والانتدابات القضائية والاحكام الصادرة باداء صوائر ومصاريف الدعوى وطلبات المساعدة القضائية وكذلك الوثائق المدلى بها تدعيما لطلب المساعدة القضائية وطلبات المعلومات الضرورية المرفقة بها وملحقاتها .

يجوز ان تحرر الوثائق التي تثبت التنفيذ بلغة الدولة السطوية .

إذا كانت المستندات والوثائق المطلوب ارسالها الى الدولة الاخرى غير محررة بلغة هذه الاخيرة ، تطبق حسب ما يقتضيه الحال مقتضيات الفقرتين 2 و 3 من الفصل السابق باستثناء الوثائق المثبتة للتنفيذ .

الفصل 30 ،

يتم الاشهاد بمطابقة الترجمة لاصل الوثائق من طرف عون دبلوماسي او تنصلي للدولة الطالبة او من طرف مترجم محلف من الدولة الطالبة او من الدولة المطلوبة .
لا تتطلب ترجمة المراسلة المنصوص عليها في الفصل 28 من هذه الاتفاقية الاشهاد بالمطابقة لاصل .

لا تترتب عن الترجمة دفع اية مصاريف

الفصل 24

لا تلزم المعلومات التي تضمنها الجواب السلطة الصادر عنها الطلب .

الفصل 25

يتعين ان يقع الجواب على طلب المعلومات في اقرب الآجال .

غير انه اذا كان تحضير الجواب يستلزم اجلا طويلا اشعرت وزارة العدل المطلوبة
وزارة العدل الطالبة بذلك وحددت لها ان امكن التاريخ الذي يمكن ان تتوصل خلاله
بالجواب .

الفصل 26

لا تؤدي عن الجواب اية مضاريف او رسم كيفما كان نوعها .

القسم الثالثمؤسسات مشتركةالفرع الاولالاعضاء من التصديقالفصل 27

لا تخضع الطلبات والسندات المرفقة بها للتصديق ولا لأى اجراء مماثل .
يتم التحقق من صحة وثيقة عند وجود نكاح فيها بواسطة وزارة العدل .

الفرع الثانياللغة المستعملة والترجمةالفصل 28

يمكن لكل من وزارتي العدل ان تستعمل لغتها عند التراسل .

الفصل 21

يتعين دائما ان يكون طلب المعلومات صادرا عن سلطة قضائية حتى ولو لم تكن هي التي تقدمت به وفي هذه الحالة يتعين ان تأذن السلطة القضائية بهذا الطلب وان يرفق هذا الاخير بالقرار الصادر بالاذن .

الفصل 22

يجب ان يتضمن طلب المعلومات السلطة القضائية التي صدر عنها وكذا نوع القضية . كما يجب ان يتضمن ، بكيفية دقيقة ، قرا الامكان ، النقطة موضع الطلب في قانون الدولة المطلوبة .

يرفق الطلب بعرض . للوقائع الضرورية توضيحا للسؤال حتى يكون الجواب صحيحا ودقيقا . ويمكن ان تضاف اليه نسخ من كل السندات الضرورية لتوضيح محتوى الطلب .

يمكن بصفة تكميلية ان ينصب الطلب على نقط تتعلق بغير الميادين المشار اليها في الفصل التاسع عشر من هذه الاتفاقية كلما تعلق الامر بوجود ارتباط مع النقطة الرئيسية للطلب . يمكن للدولة المطلوبة ان تطلب تزويدها بالمعلومات التكميلية التي تراها ضرورية لصياغة الجواب .

الفصل 23

يتعين ان يستهدف الجواب اخبار السلطة القضائية الصادر عنها الطلب ، بصورة موضوعية حول قانون الدولة المطلوبة ، ويشتمل حسب الاحوال على النصوص التشريعية والتنظيمية والاجتهادات القضائية . وتضاف اليه - اذا ظهرت فائدة في ذلك للطالب - وثائق تكميلية مستخلصة من المؤلفات الفقهية والاعمال التحضيرية . كما يمكن عند الاقتضاء ارفاق الجواب المذكور بتعليق توضيحية .

يجوز للسلطات المختصة في الدولة المقدم فيها طلب المساعدة القضائية ان ترسل مباشرة السلطات المختصة في الدولة الاخرى طبقا لمقتضيات الفصل 28 من هذه الاتفاقية ، اذا ثبتت لديها ضرورة الحصول على معلومات اضافية تتعلق بموارد الطالب ووضعته المالية .

القسم الثاني

المعلومات القانونية

الفرع الاول

تبادل المعلومات بشأن التشريع

المفصل 18

تبادل وزارة العدل في المملكة المغربية ووزارة العدل في جمهورية ألمانيا الاتحادية بناءً على طلب المعلومات بشأن القوانين والاجتهادات القضائية المتعلقة بنقطة خاصة ، وكذا جميع المعلومات القانونية الاخرى في المادة المدنية والتجارية .

الفرع الثاني

تبادل المعلومات في اطار الدعاوى القضائية

المفصل 19

يجوز للسلطات القضائية في كلتي الدولتين ان تطلب طبقا للمقتضيات التالية ، من السلطات المختصة في الدولة الاخرى ، معلومات تتعلق بقانونها في الميدان المدني والتجاري وفي ميدان المسطرة المدنية والتجارية وكذا بالنسبة لتنظيم القضايا .

المفصل 20

يوجه طلب المعلومات والجواب عنه بواسطة وزارة العدل للمملكة المغربية ووزارة العدل لجمهورية ألمانيا الاتحادية .

الفصل 16

من اجل استيفاء الشروط المنصوص عليها في الفقرة الثانية (2) والفقرة الثالثة

من الفصل 19 من اتفاقية لاهاي :

يتعين ان ترفق الاحكام الصادرة بالمنرب .

أ - بوثيقة تثبت ان الحكم قد تم تبيخه للطرف الذي يتابع التنفيذ ضده .

ب - بشهادة تثبت ان الحكم غير مطعون فيه لا بالتعريف ولا بالاستئناف ولا بالنقض

وان آجال التعرير والاستئناف والنقض قد انقضت ، وتشكل الوثيقة والشهادة المذكورتان حجة

على ان الحكم يتمتع بقوة الشيء المقضى به .

ترفق الاحكام الصادرة في جمهورية المانيا الاتحادية بشهادة مسلمة من المحكمة

المختصة تثبت ان الحكم حاز قوة الشيء المقضى به .

لا يخضع اختصاص السلطات التي تسلم الوثائق المذكورة اعلاه للتصديق من طرف

سلطة اعلى منها .

المربع السادسالمساعدة اللغائيةالفصل 17

يتمتع رعايا كل من الدولتين فوق تراب الدولة الاخرى بالمساعدة القضائية مشـمـلـ

المواطنين ذاتهم ، شريطة مراعاتهم قانون الدولة التي يطلبون فيها الاستفادة من المساعدة

القضائية .

يمكن ايضا ان يوجه مباشرة طلب المساعدة القضائية طبقا لمقتضيات الفقرة (1) من

الفصل الثالث من هذه الاتفاقية .

يتم تحديد جنسية الشخص الذي تشير اليه الاصابة القضائية طبقا لقانون الدولة التي يجب ان تنفذ فيها .

يجب ان يشار صراحة في كل استدعاء او اذار لادلاء بسندات الى عدم اللجوء الى استعمال الاكراه لتنفيذ الاصابة القضائية .

الفصل 13

لا يترتب عن تنفيذ الاصابات القضائية دفع اية مصاريف كيفما كان نوعها ما عدا اتعاب الخبراء .

الا انه يتمين على الدولة المطلوبة ان تطلع الجهاز الذي يتوصل بالطلب منسي الدولة الطالبة بما تحملته من مصاريف .

الفرع الرابع

كفالة التقاضي

الفصل 14

يعنى مواطنواحدى الدولتين مدعين كانوا أو متدخلين امام السلطة القضائية للدولة الاخرى في المادة المدنية او التجارية ، من تقديم الكفالة القضائية حتى ولو لم يكن لهم موطن او مقر اقامة معتاد في احدى الدولتين .

الفرع الخامس

الاعتراف بالاحكام وتنفيذها

الفصل 15

يجوز توجيه طلبات منع الصيغة التنفيذية لاحكام القاضية بتأدية مصاريف الدعاوى المشار اليها في الفصلين الثامن عشر والتاسع عشر من اتفاقية لاغاي، مباشرة من طرف المعني بالامر الى السلطة القضائية المختصة .

لا يمكن للسلطة القضائية ، في حالة عدم قبول المدعى عليه للمسطرة ، اتخاذ أي قرار قبل التحقق من أن السند قد تم تبليغه للمدعى عليه بأحدى الطرق المنصوص عليها في هذه الاتفاقية .

يجب أن يتم التبليغ في أجل كاف يسمح للمدعى عليه بأعداد دفاعه .
إلا أنه إذا مرت ستة أشهر على توجيه طلب التبليغ إلى الجهاز المفروض أن يتوصل به في الدولة المطلوبة ، جاز للسلطة القضائية أن تتخذ قراراً حتى ولو لم تتوفر الشروط المنصوص عليها في الفقرة 1 أعلاه على أن يثبت أن كل الإجراءات قد اتخذت في الدولة الطالبة لتنفيذ الطلب .

لا تتعارض مقتضيات هذا الفصل مع اتخاذ إجراءات مؤقتة بما في ذلك الإجراءات الهادفة إلى أحداث ضمانة تأمينية .

الفصل 10

تتخلى الدولتان بصفة متبادلة عن استخلاص المصاريف التي يستوجبها تدخل عن التبليغ أو استعمال طريقة خاصة في الحالات المنصوص عليها في الفصل الخامس .

الفرع الثالث

الانابات القضائية

الفصل 11

تطبق مقتضيات الفقرة 1 من الفصل الثالث من هذه الاتفاقية على تنفيذ الانابات القضائية في المادة المدنية والتجارية .

الفصل 12

يجوز لكل من الدولتين أن تقوم أيضاً مباشرة بتنفيذ الانابات القضائية بواسطة اعوانها الدبلوماسيين أو القنصلين دون اللجوء إلى الإكراه ، إذا كان الأشخاص المطلوب الاستماع إليهم أو الملزمون بتقديم السندات يحملون فقط جنسية الدولة الطالبة .

الفصل 6

يتم اثبات التبليغ إما بوصول مؤرخ ومصادق عليه من المرسل إليه ، أو بشهادة صادرة عن الدولة المطلوبة تثبت واقعة التبليغ وشكله وتاريخه .

يجب أن يكون محتوى الوصل أو الشهادة مدوناً باحد نظيرى سند التبليغ أو أن يرفق ويرسل كلاهما الى وزارة العدل بالدولة الطالبة طبقاً لمقتضيات الفصل الثالث من هذه الاتفاقية .

الفصل 7

يمكن لكل من الدولتين أن تقوم مباشرة ، رغم مقتضيات الفصول السابقة ، بواسطة اعوانها الدبلوماسيين او القنصلين بالتبليغات الموجهة الى مواطنيها الموجودين فوق تراب الدولة الاخرى .

الفصل 8

يجوز احتياطياً ان يطلب التبليغ باحد الاشكال المنصوص عليها في الفصل الخامس من هذه الاتفاقية ، في حالة عدم امكان التسليم العادى لرفد المرسل اليه تسليم سند التبليغ عن رضى .

في حالة عدم قيام الدولة الطالبة كما هو منصوص عليه في الفصل الخامس من هذه الاتفاقية بالتعبير عن الرغبة في تسليم سند التبليغ طبقاً للاشكال المنصوص عليها في ذلك الفصل ، وإذا لم يتم التبليغ بالتسليم العادى طبقاً للفصل الرابع اعلاه ، يتعين على الدولة المطلوبة ان ترد سند التبليغ فوراً الى الدولة الطالبة ، موضحة لها اسباب عدم امكان التسليم العادى .

الفصل 9

إذا تطلب القيام بمسطرة قضائية في المادة المدنية او التجارية في احدى الدولتين ، ان تبلغ دعوى او استدعاءً او ان سند آخر يتعين تبيغته للمدعى عليه في الدولة الاخرى ، فانه

ب - اذا كانت موجهة الى اشخاص يوجدون في جمهورية ألمانيا الاتحادية فانها ترسل بواسطة وزارة العدل بالملكة المغربية (مديرية الشؤون المدنية) الى وزارة العدل بالولاية المعنية في جمهورية ألمانيا الاتحادية .

يجب ان يتضمن طلب التبليغ البيانات التالية :

- أ - السلطة القضائية او الادارية التي صدر عنها الطلب .
- ب - هوية وصفة الاطراف .
- ج - العنوان الصحيح للمرسل اليه .
- د - نوعية الوثائق والاوراق المطلوب تسليمها .
- هـ - تاريخ ومكان الحضور ، وآجال المذكورة في الوثيقة والمحكمة التي اصدرت القرار وعند الاقتضاء كل العناصر المفيدة .

الفصل 4

يرفق الطلب بالسند المطلوب تبليغه في نسختين .
 ويتم تبليغ السند من طرف السلطة المختصة تبعا لمقتنيات تشريع الدولة المطلوبة باستثناء الحالات المنصوص عليها في الفصل 5 من هذه الاتفاقية .
 يمكن ان ينحدر التبليغ الذي تقوم به السلطة المذكورة في تسليم السند الى المرسل اليه الذي يقبل التوصل به عن رضى .

الفصل 5

تعمل السلطة المطلوبة على تبليغ السند طبقا للشكل المنصوص عليه في تشريعها الداخلي فيما يخص القيام بتبليغات مماثلة او في شكل خاص فيما اذا تم التعبير عن عهده الرغبة في الطلب شريطة عدم مخالفته لهذا التشريع .

اللم الاول

التعاون القضائي في المادة المدنية والتجارية

المصر الاول

مقتضيات عامة

الفصل الاول

تضمن كل من الدولتين فوق ترابها الوطني، لمواطني الدولة الاخرى، الحماية القانونية لحقوقهم ومسالمتهم الشخصية او المالية ضمن نفس الشروط المطبقة على مواطنيها .

كما تضمن لهم حرية الالتجاء الى سلطاتها القضائية من اجل الدفاع عن حقوقهم ومسالمتهم الشخصية والمالية ضمن نفس الشروط وحسب نفس الشكليات المطبقة على مواطنيها .

الفصل 2

تطبق مقتضيات هذه الاتفاقية المتعلقة بمواطني احدى الدولتين ايضا على الاشخاص الاعتباريين كالشركات والجمعيات المحدثة وفق قانون احدى الدولتين والتي يوجد مقرها نسوق تراب هذه الدولة .

المصر الثاني

تخليغ الوثائق والاوراق القضائية وغير القضائية

الفصل 3

توجه الوثائق والاوراق القضائية وغير القضائية في المادة المدنية والتجارية الصادرة عن احدى الدولتين، بالطريق المباشر الى :
 1 - اذا كانت موجهة الى اشخاص يوجدون في المملكة المغربية فانها ترسل بواسطة ادارة القضاء بالولاية المختصة الى وزارة العدل بالمملكة المغربية (مديرية السجلات المدنية) .

[ARABIC TEXT — TEXTE ARABE]

اتفاقية

=====

بين جمهورية ألمانيا الاتحادية والمملكة المغربية
تتعلق بالتعاون القضائي وتبادل المعلومات
القانونية في المادة المدنية والتجارية

ان جمهورية ألمانيا الاتحادية

والمملكة المغربية

- اهتماما متساويا بتنمية علاقات الصداقة والتعاون القانوني بين الدولتين

- ورغبة متساوية من جهة في حل المشاكل المتعلقة بالتعاون القضائي في المادة

المدنية والتجارية باتفاق مشترك ، وتسهيل تطبيق اتفاقية لاهاي المؤرخة بفتح مارس 1954
المتعلقة بالسطرة المدنية في اطار العلاقات بين جمهورية ألمانيا الاتحادية والمملكة المغربية .

- وايضا متساوية من جهة اخرى بان اقامة املوب من التعاون يرمي الى تسهيل

الحصول من السلطات القضائية لاحدى الدولتين المتعاقدتين على معلومات حول قانون
الدولة المتعاقدة الاخرى لمن شأنه ان يساهم في تحقيق هذه الغاية .

لذلك اتفقتا على ما يلي :

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE KINGDOM OF MOROCCO CONCERNING JUDICIAL ASSISTANCE AND INFORMATION IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS

The Federal Republic of Germany and the Kingdom of Morocco,

Intending to promote friendly relations and judicial cooperation between the two States,

Desiring to regulate, by mutual agreement, questions of judicial assistance in civil and commercial matters and to facilitate, in the context of relations between the Federal Republic of Germany and Morocco, the application of the Hague Convention of 1 March 1954 relating to civil procedure,²

Convinced that a system of mutual assistance can facilitate access by courts of one of the two Contracting States to information concerning the law of the other Contracting State,

Have agreed as follows:

SECTION I

JUDICIAL ASSISTANCE IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS

CHAPTER I

GENERAL PROVISIONS

Article 1

1. Each of the two States shall guarantee to nationals of the other State legal protection in respect of their personal and property rights and interests under the same conditions as its own nationals.

2. It shall guarantee them freedom of access to its courts for the defence of their personal and property rights and interests under the same conditions and according to the same procedures as its own nationals.

Article 2

The provisions of this Convention relating to nationals of one of the two States shall apply likewise to legal persons, companies or associations constituted under the laws of one of the two States and having their headquarters in the territory of that State.

¹ Came into force on 23 June 1994 by the exchange of the instruments of ratification at Bonn, in accordance with article 36.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 286, p. 265.

CHAPTER II

SERVICE OF JUDICIAL AND EXTRAJUDICIAL DOCUMENTS

Article 3

1. Judicial and extrajudicial documents relating to civil and commercial matters and emanating from one of the two States shall be transmitted directly as follows:

(a) If intended for persons in the Federal Republic of Germany, from the Ministry of Justice of the Kingdom of Morocco (Department of Civil Affairs) to the Ministry of Justice of the relevant *Land* of the Federal Republic of Germany;

(b) If intended for persons in the Kingdom of Morocco, by the authority competent to administer justice in relevant *Land* to the Ministry of Justice of the Kingdom of Morocco (Department of Civil Affairs).

2. A request for service shall contain the following particulars:

(a) The court of authority from which it emanates;

(b) The exact names and capacity of the parties;

(c) The exact address of the addressee;

(d) The nature of the documents to be served;

(e) The date and place of appearance, the time limits specified in the document, the court which rendered the decision and any other relevant information.

Article 4

1. The request shall be accompanied by two copies of the document to be served.

2. Service shall be effected through the authority competent under the laws of the requested State.

3. Except in the cases specified in article 5, service to be effected through that authority may be limited to the ordinary delivery of documents to the addressee, if he is willing to accept them.

Article 5

The requested authority shall cause the document to be served in the manner prescribed by its domestic law for the service of similar documents, except that, if a wish for some special manner of service is expressed in the request for service, such manner of service shall be followed, provided that it is not incompatible with the said law.

Article 6

1. Proof of service shall be given either by a dated, authenticated receipt from the addressee or by an attestation by the requested State, specifying the fact, manner and date of the service.

2. The receipt or the attestation must be written on one of the copies of the documents to be served or must be attached thereto, and both copies shall, in accordance with article 3, be transmitted to the Ministry of Justice of the requesting State.

Article 7

Nothing in the preceding article shall prevent either State from causing service to be effected directly through its diplomatic or consular agents upon its nationals in the territory of the other State.

Article 8

1. A request for service in a manner provided for in article 5 may also be made if ordinary delivery is not possible because the addressee is unwilling to accept the document.

2. If the requesting State has not expressed a wish in accordance with article 5 to have the document served in a manner specified in that article, and if service cannot be effected by means of ordinary delivery in accordance with article 4, the requested State shall send the document back to the requesting State without delay, informing it of the reasons why ordinary delivery was not possible.

Article 9

1. In the event that, for the purpose of initiating civil or commercial proceedings in one State, a claim, writ of summons or other document is to be served on a defendant in the other State, and if the defendant has not accepted the procedure, the court may not render a decision until it has been established that the document was served on the defendant in one of the ways provided for in this Convention.

2. Service must have been effected early enough to allow the defendant to prepare a defence.

3. The court may, however, render a decision if six months have elapsed since the transmission to the authority of the requested State of the request for service, even if the provisions of paragraph 1 have not been fulfilled, provided that it has been established that all measures were taken in the requesting State to enable the execution of the request.

4. Nothing in the provisions of this article shall prevent the adoption of interim measures, including measures of protection.

Article 10

Each State shall exempt the other State from the reimbursement of expenses incurred in the cases specified in article 5, where service is effected through the intervention of a law official or in a special manner.

CHAPTER III

REQUESTS FOR JUDICIAL ASSISTANCE

Article 11

The provisions of article 3, paragraph 1, shall apply to the execution of requests for judicial assistance in civil and commercial matters.

Article 12

1. Each of the two States may also have requests for judicial assistance executed directly and without duress by their diplomatic or consular agents, if the

persons to be questioned or detained for the purpose of producing documents are nationals exclusively of the requesting State.

2. The nationality of the person to whom the request refers shall be determined in accordance with the laws of the State in which the request for judicial assistance is to be executed.

3. A writ of summons or an order for the production of documents must stipulate that no duress is to be applied in the execution of the request for judicial assistance.

Article 13

Except for remuneration of experts, no claims may be made for reimbursement of expenses of any description incurred in connection with the execution of a request for judicial assistance. The requested State must, however, inform the authority of the requesting State of any expenses it has incurred.

CHAPTER IV

SECURITY FOR THE COSTS OF JUDICIAL PROCEEDINGS

Article 14

No security for the costs of judicial proceedings shall be required of nationals of one of the two States appearing as plaintiffs or defendants before the courts of the other State in civil and commercial matters, even if their domicile or habitual residence is in neither of the two States.

CHAPTER V

ENFORCEMENT DECLARATION

Article 15

Applications for an enforcement declaration concerning a decision on the costs of judicial proceedings under articles 18 and 19 of the Hague Convention may be made directly to the competent court by the party awarded costs.

Article 16

1. In order to fulfil the conditions prescribed in article 19, second paragraph, subparagraphs 2 and 3, of the Hague Convention,

Moroccan decisions shall be accompanied by:

(a) A document showing that the decision has been served on the party against whom enforcement is sought;

(b) A certificate showing that no objection, appeal or complaint has been lodged against the decision and that the time limits for lodging an objection, appeal or complaint have elapsed; the document and the certificate shall be taken as attesting that the decision has acquired the force of *res judicata*;

German decisions shall be accompanied by:

A certificate of *res judicata* issued by the competent court.

2. The competence of the authorities issuing the above-mentioned documents shall not require confirmation by a higher authority.

CHAPTER VI

LEGAL AID

Article 17

1. Nationals of either State shall, in the territory of the other State, be entitled to legal aid, under the same conditions as nationals of that State, provided they conform to the laws of the State in which they seek legal aid.

2. A request for legal aid may, in accordance with article 3, paragraph 1, also be transmitted directly.

3. The competent authorities of the State in which legal aid is sought may, in accordance with article 28, apply directly to the competent authorities of the other State for any additional information required concerning the income and financial situation of the applicant.

SECTION II

LEGAL INFORMATION

CHAPTER I

EXCHANGE OF INFORMATION CONCERNING LEGISLATION

Article 18

The Ministry of Justice of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Kingdom of Morocco shall transmit to one another upon request information concerning their laws and judicial decisions relating to a specific question, as well as any other legal information in civil and commercial matters.

CHAPTER II

EXCHANGE OF INFORMATION IN THE CONTEXT OF JUDICIAL PROCEEDINGS

Article 19

The courts of either State may, in accordance with the following provisions, apply to the competent authorities of the other State for information concerning its civil and commercial law, its law of procedure in those two areas and its judicial system.

Article 20

Requests for information and replies thereto shall be transmitted through the Ministry of Justice of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Kingdom of Morocco.

Article 21

A request for information must emanate from a court, even in cases where it has not been drafted by the court itself. In such cases, the approval of the court is required and the request shall bear the court's stamp.

Article 22

1. The request for information must specify the court from which it emanated and the nature of the judicial matter. The points of law for which information is sought from the requested State shall be defined as precisely as possible.

2. The request shall contain a description of the case in sufficient detail to facilitate understanding of the request and provide a correct and accurate reply. Copies of documents may be attached if required for a better understanding of the request.

3. In addition, the request may seek information about points of law relating to areas other than those specified in article 19 if they are related to the main points in the request.

4. The requested State may require additional information that it deems necessary for the reply.

Article 23

The purpose of the reply shall be to provide the court from which the request emanated with objective information concerning the law of the requested State. The texts of relevant national laws and of court decisions shall, where appropriate, be attached to the reply. Supplementary material such as extracts from the literature and legal sources shall also be transmitted to the requesting court if they are considered necessary for an adequate reply. Explanatory notes may, if required, be attached to the reply.

Article 24

The court from which the request emanated shall not be bound by the information contained in the reply.

Article 25

Replies to requests for information shall be provided as early as possible. If the reply is likely to be delayed, the requested State shall inform the Ministry of Justice of the requesting State accordingly, indicating, if possible, a date by which the reply is likely to be provided.

Article 26

The reply shall not give rise to fees or charges of any description.

SECTION III

GENERAL PROVISIONS

CHAPTER I

EXEMPTION FROM LEGAL AUTHENTICATION

Article 27

1. No legal authentication or similar formality is required for requests and accompanying documents.
2. The Ministry of Justice shall verify the authenticity of any document about which serious doubt is raised.

CHAPTER II

LANGUAGE AND TRANSLATION

Article 28

1. The Ministries of Justice may correspond in their national languages.
2. If the German Ministry of Justice is the sender, a translation shall be enclosed either in the French or the Arabic language, as it so chooses.
3. If the Moroccan Ministry of Justice is the sender, a translation shall be enclosed either in the French or the German language, as it so chooses.

Article 29

1. Documents to be served, requests for judicial assistance, decisions concerning the costs of judicial proceedings, awards of costs, requests for legal aid and accompanying requests for information and attachments thereto may be drawn up in the language of the requesting State.
2. Executory documents may be drawn up in the language of the requested State.
3. The provisions of article 28, paragraphs 2 and 3, shall apply to cases where documents to be transmitted to the other State are not drawn up in the language of that State; that rule shall not apply to executory documents.

Article 30

1. Translations shall be certified as accurate by a diplomatic or consular agenda of the requesting State or by a sworn translator of the requesting State.
2. Translation of correspondence in accordance with article 28 shall not require legal authentication.
3. The costs of translation shall not be reimbursed.

CHAPTER III

FORWARDING OF DOCUMENTS AND IDENTIFICATION OF ADDRESSEES

Article 31

1. If an authority does not have competence to consider a request addressed to it, it shall forward such request automatically to the competent authority, and shall so notify the requesting authority without delay. Such notification shall be given through the channel provided for such requests.

2. If the address of the addressee or of a person sought for questioning is incomplete or inexact, the requested authority shall use its best efforts to execute the request. It may ask the requesting State to transmit any additional information required for the identification of the addressee or the person concerned. The request shall be made through the channel provided for such measures and procedures.

CHAPTER IV

PUBLIC ORDER

Article 32

The requested State may refuse to be bound by this Convention if it deems measures set forth therein likely to prejudice its sovereignty or security.

SECTION IV

FINAL PROVISIONS

Article 33

Any difficulties which may arise in the application of this Convention shall be settled in consultations between the Ministry of Justice of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Justice of the Kingdom of Morocco through the diplomatic channel.

Article 34

1. This Convention shall remain in force indefinitely.
2. The Convention may be denounced by either of the two States. Denunciation shall take effect one year after the date on which notification thereof was received by the other State.

Article 35

This Convention shall also apply to *Land* Berlin unless the Government of the Federal Republic of Germany makes a contrary declaration to the Government of the Kingdom of Morocco within three months after the entry into force of this Convention.

Article 36

1. This Convention shall be ratified in accordance with the constitutional provisions in force in each of the two Contracting States.

2. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

3. The Convention shall enter into force on the thirtieth day after exchange of the instruments of ratification.

IN WITNESS WHEREOF, the Plenipotentiaries have signed this Convention.

DONE at Rabat on 29 October 1985, in duplicate, each in the German and Arabic languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

MONTFORT

HANS A. ENGELHARD

For the Kingdom
of Morocco:

M. MUSTAPHA BELAVBI ALAOUI

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LE ROYAUME DU MAROC RELATIF À L'ASSISTANCE
MUTUELLE ET À L'INFORMATION EN MATIÈRE CIVILE ET
COMMERCIALE

La République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Maroc,

Désireux de développer les relations amicales et la coopération juridique entre les deux Etats,

Souhaitant régler d'un commun accord les questions d'assistance mutuelle en matière civile et commerciale et faciliter l'application de la Convention de La Haye du 1^{er} mars 1954 relative à la procédure civile dans les relations entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume du Maroc²,

Convaincus qu'un système d'assistance mutuelle doit faciliter aux tribunaux d'un des deux Etats contractants l'acquisition d'informations sur le droit de l'autre Etat contractant,

Sont convenus de ce qui suit :

TITRE 1

ASSISTANCE MUTUELLE EN MATIÈRE CIVILE ET COMMERCIALE

CHAPITRE I

PRESCRIPTIONS GÉNÉRALES

Article premier

1) Chacun des deux Etats accorde aux ressortissants de l'autre Etat la protection légale et juridique concernant ses droits et intérêts personnels ou matériels dans les mêmes conditions qu'à ses propres ressortissants,

2) Il leur accorde dans les mêmes conditions et de la même façon qu'à ses propres ressortissants la liberté d'accès à ses tribunaux, afin qu'ils puissent faire valoir leurs droits et défendre leurs intérêts personnels et matériels.

Article 2

Les dispositions du présent Traité concernant les ressortissants de l'un des deux Etats s'appliquent aussi aux personnes juridiques, sociétés ou associations créées conformément au droit d'un des deux Etats et qui ont leur siège sur le territoire de cet Etat.

¹ Entré en vigueur le 23 juin 1994 par l'échange des instruments de ratification à Bonn, conformément à l'article 36.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 286, p. 265.

CHAPITRE II

SIGNIFICATION D'ACTES JUDICIAIRES ET EXTRAJUDICIAIRES

Article 3

1) Les actes judiciaires et extrajudiciaires en matière civile et commerciale émanant d'un des deux Etats sont communiqués par transmission directe, de la façon suivante :

a) S'ils sont destinés à des personnes résidant dans la République fédérale d'Allemagne, par le ministère de la justice du Royaume du Maroc (Département des affaires civiles) au ministère de la justice du Land concerné de la République fédérale d'Allemagne,

b) S'ils sont destinés à des personnes résidant au Royaume du Maroc, par l'administration de la justice du Land au ministère de la justice du Royaume du Maroc (Département des affaires civiles).

2) La demande de signification doit indiquer :

a) Le tribunal ou l'autorité dont elle émane,

b) Le nom exact et la profession des parties,

c) L'adresse exacte du destinataire,

d) Le type d'actes à signifier,

e) La date ou le lieu de la citation, les délais indiqués dans l'acte, le tribunal qui a adopté la décision et le cas échéant toutes autres indications utiles.

Article 4

1) L'acte à signifier doit être joint en double exemplaire à la demande.

2) La signification est effectuée par l'autorité compétente aux termes de la législation de l'Etat requis.

3) La signification que doit effectuer cette autorité peut, à l'exception des cas mentionnés à l'article 5, se limiter à la simple remise des actes au destinataire, s'il est disposé à les accepter.

Article 5

Si le souhait en est exprimé dans la demande, l'autorité requise procède à la signification de l'acte sous la forme prévue par les dispositions de son droit interne pour l'exécution de significations analogues ou sous une forme particulière, à condition que celle-ci ne contrevienne pas aux prescriptions juridiques applicables à cette autorité.

Article 6

1) La preuve de la signification est apportée sous la forme d'un accusé de réception daté et certifié conforme du destinataire ou d'une attestation de l'Etat requis, confirmant l'exécution, la forme et la date de la signification.

2) L'accusé de réception ou l'attestation doit figurer sur l'un des deux exemplaires de l'acte à signifier ou lui être joint; ils sont transmis au ministère de la justice de l'Etat requérant conformément aux dispositions de l'article 3.

Article 7

En dépit de l'article qui précède, chacun des deux Etats peut adresser directement des significations à ses propres ressortissants résidant sur le territoire de l'autre Etat par l'intermédiaire des ses représentants diplomatiques ou consulaires.

Article 8

1) La signification sous l'une des formes prévues à l'article 5 peut aussi être demandée subsidiairement dans le cas où la simple remise est impossible parce que le destinataire n'est pas disposé à accepter l'ordre en question.

2) Si l'Etat requérant n'a pas, comme prévu à l'article 5, exprimé le souhait de signifier l'acte dans les formes prévues dans cet article, et si une signification ne peut pas être effectuée par simple remise conformément à l'article 4, l'Etat requis renvoie l'acte sans retard à l'Etat requérant en lui indiquant les raisons pour lesquelles la simple remise n'a pas été possible.

Article 9

1) Si, pour entamer une procédure judiciaire civile ou commerciale dans l'un des deux Etats, une demande, une citation à comparaître ou tout autre acte doit être signifié au défendeur dans l'autre Etat, et si le défendeur refuse d'engager la procédure, le tribunal ne peut prendre de décision tant qu'il n'est pas établi que l'acte a été signifié au défendeur par l'un des moyens prévus dans le présent Traité.

2) La signification doit être effectuée en temps utile pour que le défendeur soit en état de se défendre.

3) Cependant s'il s'est écoulé six mois depuis que la demande de signification a été transmise à l'organisme destinataire de l'Etat requis, le tribunal peut, même si les conditions requises au premier paragraphe ne sont pas remplies, prendre une décision, dans la mesure où il est établi que toutes les dispositions ont été prises dans l'Etat requérant pour que la demande soit satisfaite.

4) Les prescriptions du présent article ne s'opposent pas à l'adoption de mesures provisoires, y compris de mesures de sauvegarde.

Article 10

Les deux Etats renoncent mutuellement au remboursement des dépenses occasionnées dans les cas mentionnés à l'article 5 par l'intervention d'un fonctionnaire de justice lors de la signification ou par le fait qu'une forme particulière a été respectée à cette occasion.

CHAPITRE III

DEMANDES D'ENTRAIDE JUDICIAIRE

Article 11

Les dispositions du premier paragraphe de l'article 3 s'appliquent en cas de demande d'entraide judiciaire en matière civile et commerciale.

Article 12

1) Chacun des deux Etats peut faire procéder à des demandes d'entraide judiciaire par ses représentants diplomatiques ou consulaires directement et sans recours

à la contrainte si les personnes interrogées ou auxquelles il est demandé de présenter des documents ne possèdent que la nationalité de l'Etat requérant.

2) La nationalité de la personne à qui s'adresse la demande est appréciée selon le droit de l'Etat dans lequel la demande d'entraide judiciaire doit être exécutée.

3) Il doit être expressément indiqué dans la citation ou la demande de présentation de documents qu'aucune contrainte n'est exercée dans l'exécution de la demande d'entraide judiciaire.

Article 13

Il ne peut être demandé de rembourser aucune sorte de dépense occasionnée par l'exécution d'une demande d'entraide judiciaire, à l'exception des honoraires d'expert. L'Etat requis doit cependant communiquer à l'organe destinataire de l'Etat requérant le montant des dépenses qu'il a encourues.

CHAPITRE IV

CONSTITUTION DE GARANTIE POUR LES FRAIS DU PROCÈS

Article 14

Les ressortissants d'un des deux Etats qui comparaissent devant les tribunaux en matière civile ou commerciale en tant que requérants ou intervenants ne sont pas tenus de constituer une garantie pour les frais du procès s'ils n'ont pas leur domicile ou leur lieu de résidence habituel dans l'un des deux Etats.

CHAPITRE V

DÉCLARATION DE DÉCISION EXÉCUTOIRE

Article 15

La demande visant à déclarer exécutoire une décision relative aux frais du procès conformément aux articles 18 et 19 de la Convention de La Haye, peut être présentée directement au tribunal compétent par le créancier auquel ces frais sont dus.

Article 16

1) Pour satisfaire aux prescriptions de l'alinéa 2 du paragraphe 2 et à celles du paragraphe 3 de l'article 19 de la Convention de La Haye,

Il est joint aux décisions marocaines :

a) Un document indiquant que la décision a été notifiée à la partie contre laquelle l'exécution est sollicitée,

b) Une attestation certifiant qu'il n'a été signifié contre la décision ni réclamation, ni appel, ni pourvoi en cassation et que les délais de réclamation, d'appel et de cassation sont expirés; le document et l'attestation constituent la déclaration reconnaissant que la décision a désormais force de loi;

Il est joint aux décisions allemandes :

Une attestation par laquelle le tribunal compétent reconnaît que la décision a force de loi.

2) La compétence des autorités qui ont établi les documents mentionnés plus haut n'a pas à être confirmée par une autorité supérieure.

CHAPITRE VI

AIDE JUDICIAIRE

Article 17

1) Les ressortissants de chacun des deux Etats peuvent bénéficier sur le territoire de l'autre Etat de l'aide judiciaire au même titre que les ressortissants de celui-ci à condition de se conformer aux dispositions du droit de l'Etat dans lequel l'aide judiciaire est demandée.

2) La demande d'allocation d'une aide judiciaire peut être communiquée par transmission directe conformément aux dispositions du premier paragraphe de l'article 3.

3) S'il s'avère nécessaire d'obtenir des renseignements complémentaires sur l'état des revenus et la situation de fortune du requérant, les autorités compétentes de l'Etat dans lequel l'aide judiciaire est demandée peuvent s'adresser directement aux autorités compétentes de l'autre Etat.

TITRE II

RENSEIGNEMENTS JURIDIQUES

CHAPITRE I

ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS SUR LA LÉGISLATION ET LA JURISPRUDENCE DES DEUX ETATS

Article 18

Le ministère de la justice de la République fédérale d'Allemagne et le ministère de la justice du Royaume du Maroc se communiquent mutuellement sur demande les renseignements relatifs à leur législation et à leur jurisprudence sur une question donnée ainsi que tous les renseignements juridiques voulus en matière civile et commerciale.

CHAPITRE II

ECHANGE DE RENSEIGNEMENTS DANS LE CADRE DE PROCÉDURES JUDICIAIRES

Article 19

Les tribunaux de chacun des deux Etats peuvent s'adresser aux autorités compétentes de l'autre Etat pour obtenir des renseignements sur son droit civil et commercial, sa jurisprudence dans ce domaine et son organisation judiciaire conformément aux règles suivantes.

Article 20

Les demandes de renseignements et les réponses communiquées en retour sont transmises par l'intermédiaire du ministère de la justice de la République fédérale d'Allemagne et par le ministère de la justice du Royaume du Maroc.

Article 21

La demande de renseignements doit émaner d'un tribunal lorsqu'elle n'a pas été rédigée par le tribunal lui-même. Dans ce cas elle doit être approuvée par le tribunal et doit être accompagnée d'une attestation judiciaire d'autorisation.

Article 22

1) La demande de renseignements doit mentionner de quel tribunal elle émane et le type d'affaire juridique en cause. Les points sur lesquels on souhaite obtenir des renseignements concernant la législation de l'Etat requis doivent être indiqués de la façon la plus précise.

2) La demande doit comporter une description des circonstances avec les indications nécessaires pour permettre de comprendre le sens de la demande et d'y répondre avec exactitude. Des actes peuvent être joints en duplicata si cela est nécessaire pour mieux comprendre le sens de la demande.

3) Pour compléter, la demande peut aussi viser des renseignements sur des points relatifs à d'autres domaines du droit que ceux cités dans l'article 19, dans la mesure où ces points sont liés à ceux auxquels se réfère la demande en tout premier lieu.

4) L'Etat requis peut solliciter des indications complétant la demande, dans la mesure où il les estime nécessaires pour la réponse.

Article 23

La réponse est destinée à renseigner objectivement le tribunal dont émane la demande sur la législation de l'Etat requis. Les textes des normes internes et des décisions judiciaires pertinentes doivent être joints à la demande en fonction des circonstances de l'affaire. En outre, dans la mesure où cela est jugé nécessaire pour renseigner convenablement le tribunal requérant, des documents complémentaires tels que des extraits de publications et de règles législatives doivent être joints à l'envoi. Des remarques explicatives peuvent si nécessaire être jointes à la réponse.

Article 24

Les renseignements contenus dans la réponse n'engagent pas le tribunal dont émane la demande.

Article 25

Une réponse doit être apportée le plus rapidement possible à la demande. Si la réponse prend du temps, l'Etat requis doit le faire savoir au ministère de la justice de l'Etat requérant et indiquer autant que possible la date à laquelle la réponse pourra probablement être communiquée.

Article 26

Il n'est pas demandé de payer des frais ou des honoraires au titre de la réponse.

TITRE III

PRESCRIPTIONS GÉNÉRALES

CHAPITRE I

DISPENSE DE LÉGALISATION

Article 27

- 1) Les demandes et les actes écrits qui leur sont joints n'ont pas à être légalisés ou à faire l'objet de formalités semblables.
- 2) S'il existe des doutes sérieux quant à l'authenticité d'un document, il est procédé à une vérification par l'intermédiaire des ministères de la justice.

CHAPITRE II

LANGUE ET TRADUCTION

Article 28

- 1) Les ministères de la justice peuvent correspondre dans leur langue nationale.
- 2) Si l'expéditeur est le ministère de la justice allemand, il doit être ajouté à l'envoi une traduction en langue française ou arabe, au choix de celui-ci.
- 3) Si l'expéditeur est le ministère de la justice marocain, il doit être ajouté à l'envoi une traduction en langue française ou allemande, au choix de celui-ci.

Article 29

- 1) Les documents à signifier : actes, demandes d'entraide judiciaire, décisions relatives aux frais procéduraux et à leur détermination, ainsi que demandes d'assistance judiciaire et demandes jointes de renseignements nécessaires et pièces en annexe peuvent être rédigés dans la langue de l'Etat requérant.
- 2) Les documents en réponse peuvent être rédigés dans la langue de l'Etat requis.
- 3) Si des pièces qui doivent être transmises dans l'autre Etat ne sont pas rédigées dans la langue nationale de celui-ci, les paragraphes 2 et 3 de l'article 28 s'appliquent de la façon appropriée; cette règle ne s'applique pas aux documents en réponse.

Article 30

- 1) Les traductions doivent être certifiées conformes par un représentant diplomatique ou consulaire de l'Etat requérant ou un traducteur assermenté de l'Etat requérant.
- 2) La traduction de la correspondance conformément à l'article 28 n'a pas à être certifiée.
- 3) Les frais de traduction ne sont pas remboursés.

CHAPITRE III

ACHEMINEMENT DE LA DEMANDE ET RECHERCHE DU DESTINATAIRE

Article 31

1) Si une autorité n'est pas compétente pour une requête qui lui est adressée, elle fait suivre celle-ci d'office à l'autorité compétente et en informe sans tarder l'autorité requérante. Cette information est communiquée par le mode de transmission prévu pour la requête.

2) Si l'adresse du destinataire d'un acte ou l'adresse de la personne que l'on veut entendre est incomplète ou inexacte, l'autorité requise s'efforce dans toute la mesure possible de donner suite à la demande qui lui a été adressée. A cette fin elle peut demander à l'Etat requérant de lui transmettre tous renseignements complémentaires nécessaires pour identifier le destinataire ou la personne concernée. La demande est adressée par le mode de transmission prévu pour la mesure ou l'action requise.

CHAPITRE IV

ORDRE PUBLIC

Article 32

L'Etat requis peut refuser d'agir conformément aux dispositions du présent traité s'il estime que la mesure demandée est de nature à menacer ses droits de souveraineté ou sa sécurité.

TITRE IV

DISPOSITIONS FINALES

Article 33

Toutes les difficultés qui peuvent surgir lors de l'application du présent Traité sont réglées par la voie diplomatique après des consultations entre le ministère de la justice de la République fédérale d'Allemagne et le ministère de la justice du Royaume du Maroc.

Article 34

- 1) Le présent Traité s'applique pour une durée indéterminée.
- 2) Chacun des deux Etats peut dénoncer le Traité. La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle elle est parvenue à l'autre Etat.

Article 35

Le présent Traité s'applique aussi au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Royaume du Maroc dans les trois mois suivant son entrée en vigueur.

Article 36

- 1) Le présent Traité sera ratifié conformément aux prescriptions du droit constitutionnel des deux Etats parties.

2) Les instruments de ratification seront échangés à Bonn aussitôt que faire se pourra.

3) Le présent Traité entrera en vigueur 30 jours après l'échange des instruments de ratification.

EN FOI DE QUOI les soussignés dûment autorisés à cette fin ont signé le présent Traité.

FAIT à Rabat le 29 octobre 1985 en deux exemplaires en langue allemande et en langue arabe, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

MONTFORT

HANS A. ENGELHARD

Pour le Royaume
du Maroc :

M. MUSTAPHA BELAVBI ALAOUI
